

Unruhen in Dili

Am 3. Dezember 2002 kam es zu Ausschreitungen in Dili, nachdem ein Student bei einer Demonstration verhaftet worden war. Die Polizei konnte mit Hilfe von UN-Friedenstruppen die Situation jedoch wieder unter Kontrolle bringen. Ein Ausgehverbot wurde für die Nacht verhängt. Etwa 30 Personen wurden verhaftet. Es waren die schlimmsten Ausschreitungen in Osttimor seit der Unabhängigkeit im Mai 2002.

Berichte sprechen von bis zu vier Toten. Ob die Schüsse nur von der Polizei abgegeben wurden, ist unklar. Hotels und Geschäfte wurden geplündert, das Haus des Premierministers Mari Alkatiri wurde in Brand gesetzt.

Außenminister Jose Ramos Horta glaubt an Manipulation durch politische Gegner, da es keinen Katalog sozialer und wirtschaftlicher Forderungen der Demonstranten gegeben habe, wie er im portugiesischen Radio mitteilte.

Es wird auch vermutet, dass die Unruhen aufgrund der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung aufkamen.

vgl. BBC News, 4.12.2002,
14.1.2003

Bischof Belo zurückgetreten

Der osttimoresische Bischof Carlos Belo (54), der ein Symbol für den Unabhängigkeitskampf des Landes geworden ist, ist im November 2002 aus gesundheitlichen Gründen von dem Amt des Bischofs zurückgetreten. Nach einem Aufenthalt in Portugal, wo er medizinisch behandelt worden war, teilte er mit, dass er mental und körperlich erschöpft sei und eine lange Zeit der Genesung brauche. Belo hatte 1996 gemeinsam mit Jose Ramos Horta, dem heutigen Außenminister, den Friedensnobelpreis erhalten.

vgl. BBC News, 26.11.2002

Übergriffe durch pro-indonesische Milizen

In der Grenzregion zwischen Osttimor und der indonesischen Provinz Westtimor ist es Anfang 2003 vermehrt zu Zwischenfällen gekommen. Am 24. Februar überfiel eine bewaffnete Gruppe, offenbar pro-indonesische Milizen, das Dorf Atabae nahe der Grenze zu Westtimor und tötete einen Bewohner. Der Leiter der indonesischen diplomatischen Mission in Dili, Kristyo Wahyono, versicherte, dass es keine Milizen mehr gebe, die Beziehungen zur indonesischen Regierung hätten.

Das indonesische Militär in Westtimor versprach bessere Sicherheitsvorkehrungen entlang der Grenze. Der Befehlshaber der Streitkräfte in Ost-Nusa Tenggara, Colonel Moeswaro Moensanip, bekräftigte, dass Westtimor keine Basis für Milizenaktivitäten werden dürfe. »Wir wollen sie hier nicht und werden ihre Aktivitäten sicherlich nicht unterstützen«, sagte er.

Ein Gericht in Osttimor hat am 25. Februar 2003 eine Anklageschrift herausgegeben, in der der ehemalige indonesische Führer der Streitkräfte, General Wiranto, sowie sechs weitere Generäle, die 1999 für die Sicherheit in Osttimor verantwortlich waren, und der ehemalige Gouverneur von Osttimor, Abilio Jose Osorio Soares, angeklagt werden. Ihnen werden Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. In der Anklageschrift heißt es, die Angeklagten seien an »der finanziellen Unterstützung, Bewaffnung, Ausbildung und Lenkung der Milizen« beteiligt gewesen. Sie werden weiterhin des Mordes, der Deportation und der Verfolgung von Zivilisten beschuldigt.

Die sechs Generäle sind Major Generals Zacky Anwar Makarim, Kiki Syahnakri und Adam Rachmat Damiri, Colonels Suhartono Suratman und Mohammad Noer Muis sowie Lieutenant Colonel Yayat Sudrajat.

Wiranto beteuerte auf einer Pressekonferenz seine Un-

schuld. Er habe damals alles in seiner Macht stehende getan, um für die Sicherheit in Osttimor zu sorgen. Der Fall Wiranto ist deshalb schwierig, weil es keine Beweise gibt, die belegen, dass sein Handeln direkt zur Bildung von Milizen oder Gewaltakten gegen die Zivilbevölkerung in Osttimor geführt hätte. Die Anklage stützt sich daher vor allem darauf, dass die Milizen vom indonesischen Militär befehligt wurden und damit auch unter dem Befehl Wirantos standen.

Am 28. Februar wurden weitere Anklagen erhoben, unter anderem gegen den ehemaligen Polizeichef von Osttimor, Brigadier Timbul Silaen, sowie die Milizenführer Eurico Guterres und Egidio Manek. Sie sollen 1999 unter anderem an der Ermordung und Deportation von Zivilisten nach Westtimor beteiligt gewesen sein.

Man nimmt an, dass sich zurzeit alle Angeklagten in Indonesien befinden. Menschenrechtler begrüßen die Anklagen. Doch mit einer

Wiranto angeklagt

Verurteilung, vor allem Wirantos, ist vorerst wohl nicht zu rechnen. Zum einen wird Wiranto in Indonesien selbst nicht angeklagt werden. Zum anderen teilte Außenminister Hassan Wirayuda mit, dass die indonesische Regierung die Anklagen ignoriere und die Beschuldigten nicht ausliefern werde. So ist beispielsweise Guterres, der in Jakarta zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, noch immer auf freiem Fuß. Daneben spricht sich auch Xanana Gusmao, der Präsident Osttimors, für Versöhnung mit Indonesien aus und ist gegen die Verhaftung aller Schuldigen.

Die Anklagen werden nun an Interpol weitergereicht, damit internationale Haftbefehle erlassen werden können. Bisher haben die Gerichte in Dili mehr als 170 Personen angeklagt, aber die meisten von ihnen sind weiterhin in Indonesien auf freiem Fuß.

vgl. The Australian, 26.2., AP 25.2., Guardian, 25.2., Jakarta Post, 25.2.2., Serious Crimes Unit, 28.2.03

nachrichten

EZ aufgenommen

Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) am 29. November 2002 mitteilte, wird die Krisenhilfe für Osttimor von der regulären Entwicklungszusammenarbeit abgelöst. Die Gelder werden um circa sechs Millionen auf 8,8 Millionen Euro aufgestockt.

Daneben soll Osttimor dem Cotonou-Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Afrika-Karibik-Pazifik-Staatenbund (AKP) beitreten und so von besseren Konditionen in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) der EU profitieren.

vgl. BMZ, 29.11.2002